

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Juli 2012

Nr. 2012/1520

Vernehmlassung zur Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung)

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 10. Mai 2012 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung).

Die CO₂-Verordnung konkretisiert die Ausgestaltung der einzelnen Instrumente des CO₂-Gesetzes, das im Dezember 2011 vom Parlament verabschiedet worden ist. Zudem wurden einzelne Bestimmungen aus der heutigen Rechtssetzung, die auch in Zukunft weitergeführt werden, in die Verordnung übernommen. Auch sollen ab 2013 alle Ausführungsbestimmungen zum CO₂-Gesetz in einer umfassenden Verordnung und nicht mehr in mehreren thematisch unterteilten Erlassen geregelt werden.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Departement des Innern, das Finanzdepartement und das Amt für Umwelt zur Verordnung geäußert. Divergierende Meinungen sind nicht aufgetreten.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU) vom 3. Juli 2012

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (cha, mh) (2)
Volkswirtschaftsdepartement
Departement des Innern
Finanzdepartement
Ratsleitung (8)
Medien (jae)